BODDy 2019

Open Data soll zur Chefsache werden

[14.11.2019] Auf dem Berlin Open Data Day (BODDy) 2019 wurden wieder Best Practices vorgestellt, dennoch scheint Open Data insgesamt nicht voranzukommen. Deshalb auch der Wunsch aus der Berliner Senatsverwaltung, das Thema zur Chefsache zu machen.

So richtig voran kommt die Open-Data-Sache nicht. Die Argumente, die dafür sprechen, sind seit Langem bekannt: Staat und Verwaltung verfügen über eine Fülle hochwertiger Daten, mit deren Hilfe neue Anwendungen, Erkenntnisse, gar Wirtschaftszweige entstehen könnten. „Neben einer gesteigerten Lebensqualität durch innovative, datengestützte Services, etwa im Straßenverkehr oder bei der Barrierefreiheit, könnten im Umkehrschluss Aufgaben für die städtische Verwaltung einfacher und schneller erledigt werden – ein Wandel von Open Data zu Open Knowledge“, schreiben die Veranstalter des Berlin Open Data Day 2019, der Anfang November in Berlin stattfand.
Alljährlich versammelt sich dort die Open-Data-Szene und informiert sich über den Stand der Dinge. Natürlich gibt es die Best Practices, jedes Jahr ein paar neue: In Berlin entstehen derzeit digitale Bezirksregionenprofile und werden mithilfe der Technologiestiftung Berlin vom PDF-Format in den Datenstatus überführt, um eine bessere Vergleichbarkeit der Kernindikatoren wie Altersstruktur, Grünanlagen oder Spielflächen zu erzielen. Seit April 2019 ist das Wasserportal Berlin online, wo sich jeder über den aktuellen Zustand der Berliner Gewässer wie Sauerstoffgehalt, Temperatur oder pH-Wert informieren kann. Oder das Projekt FixMyBerlin, das die Mobilitätswende hin zur fahrradgerechten Stadt unterstützt. Vom Tierstimmenarchiv über CityVis (Wie kaputt ist Ihre Schule?) bis hin zum Open-Data-Atlas, der alle 86 deutschen Städte und Gemeinden mit eigenem Open-Data-Portal aufzeigt, sind mal mehr mal weniger relevante Open-Data-Projekte entstanden.

Strategie fehlt

Dass Open Data indes insgesamt vorankäme und seine Vorteile ins Verwaltungsbewusstsein diffundiert wären, diesen Eindruck gewinnt man kaum. Open Data ist ein weiteres Beispiel dafür, dass die bloße technische Machbarkeit und organisatorische Verfügbarkeit von öffentlichen Daten noch längst keine gesellschaftliche Notwendigkeit, geschweige denn einen Konsens darüber erzeugen. Was fehlt ist eine Strategie. Und so forderte Sebastian Askar, stellvertretender Referatsleiter Digitalisierung in der Berliner Senatsverwaltung: „Open Data muss zur Chefsache gemacht werden.“ Auch Pencha Kuzer, Koordinator für Digitalisierung und Datenpolitik bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, beklagte einen innerhalb der Verwaltung noch immer vorherrschenden „Fokus auf dem Schutz denn auf dem Nutzen von Daten“. Wie auch der Fortschrittsbericht der Bundesregierung (wir berichteten) offenbare, sei das Versprechen von Open Data weiter uneingelöst – von „Open Data by default“, also der proaktiven Veröffentlichungspflicht, sei man noch sehr weit entfernt.
Die sich daran anschließende Podiumsdiskussion knüpfte an eine schon im Vorjahr (wir berichteten) geführte Diskussion um Datenqualität, Datenverfügbarkeit, Fehlerkultur und Change Management an. Der Tenor: Die Gesellschaft müsse vorab definieren, was sie mit Open Data bezwecken und vorantreiben will und daraus eine themenorientierte Datenstrategie ableiten. Dabei wies Falk Steiner von der Bertelsmann Stiftung auf den Widerspruch hin, dass eine voreilige Definition der Zielsetzung wiederum eine gute Nutzung hintertreiben könne. Open Data lebe schließlich von der freien, partizipativen Verwendung öffentlicher Daten.

Auf der Konferenz wurde auch das Berliner Open-Data-Handbuch vorgestellt, eine „Anleitung für Veröffentlichungsmöglichkeiten von Informationen aus dem Berliner Datenportal“. Es kann kostenfrei per E-Mail bestellt werden.

()

Berliner Open-Data-Handbuch bestellen

Stichwörter: Open Government, Open Data, BODDy 2019, Berlin